

BERLIN
Donnerstag
30. Juli
1931

Der Arbeiter

10 Pf.

Nr. 352

B 176

48. Jahrgang

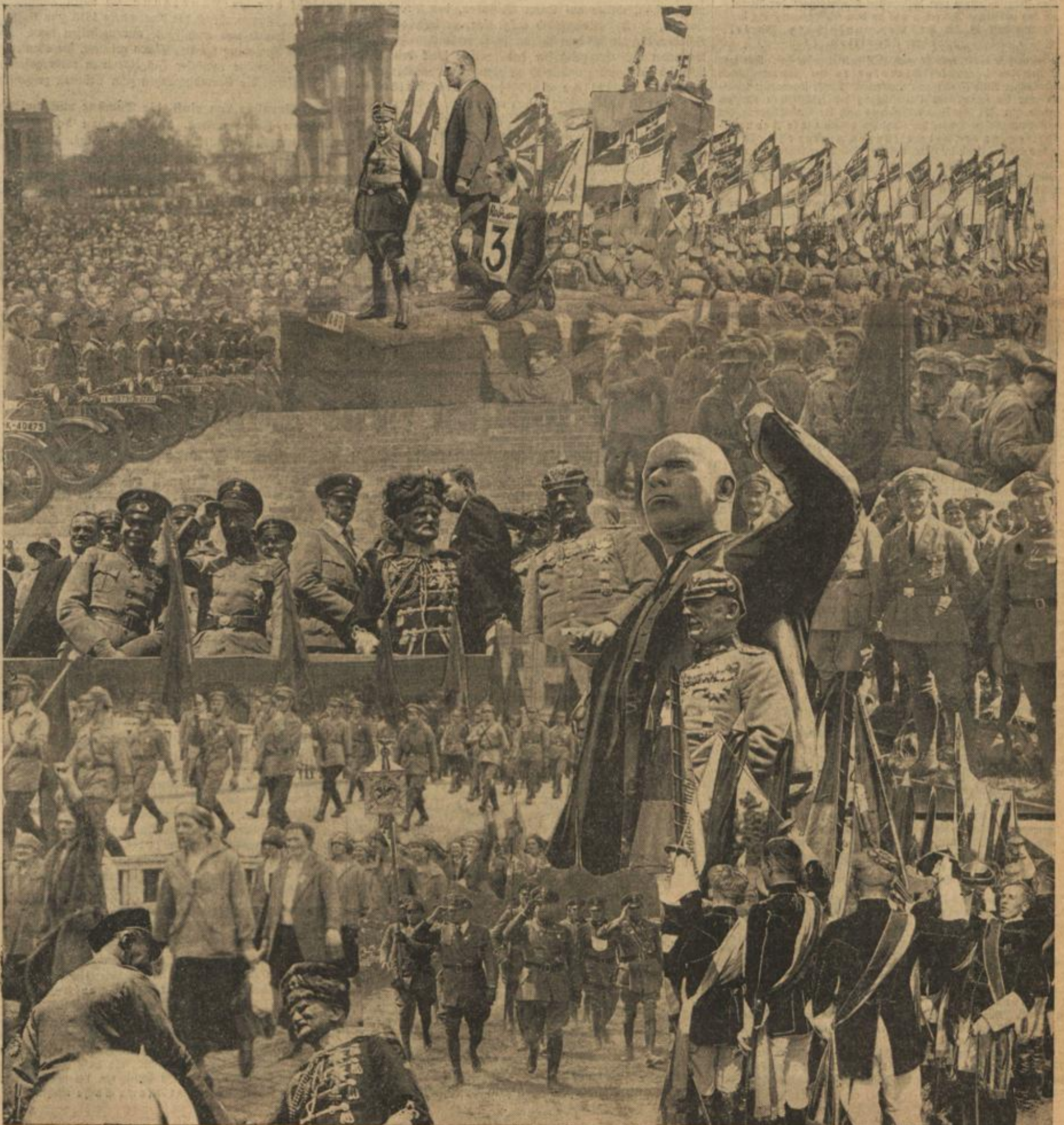
Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Im Schatten der Hohenzollern

Thälmann für den schwarzweißbroten Volksentscheid



Teddy, schmettre los! Hier biste
Trumpf, hier stehste als der Clou.
Rings die ganze Mottenkiste
Von Alt-Preußen hört Dir zu.

Nein, Du darfst Dich nicht genieren.
Wer vereint den Volksentscheid
Schlägt, kann auch vereint marschieren.
Drum zur Einheitsfront gereiht!

Generale, Exzellenzen
Huldvoll auf Dich niederschaun.
Sieh nur, wie die Augen glänzen,
Schimpfst auf Sev'ring Du und Braun.

Übergieße Du nur tüchtig
Preußens Republik mit Hohn.
Jene schmunzeln: „Der ist richtig,
Der schafft Raum der Reaktion.“

Mackensen zum Kronprinz raunet:
„Was der Thälmann brauchbar ist.
Dabei hör' ich ganz erstaunet:
Er ist wirklich Kommunist.

Gott läßt Preußen nicht versinken.
Nie wär's uns allein geglückt.
Da kommt Hilfe von der Linken,
Wird die K.P.D. verrückt!“

Der schlimmste Feind.

Die Kommunisten laufen zum Klassenfeind über.

Der schlimmste Feind der Arbeiterchaft ist der Feind im Innern der Arbeiterbewegung, die kommunistische Partei. Sie hat sich noch immer in entscheidenden Situationen auf die Seite des Klassengegners geschlagen und die Geschäfte der Reaktion besorgt! Sie trägt Schuld daran, daß heute dem Ansturm des Faschismus nicht ein einheitlicher, ungebrochener Wille der Arbeiterchaft entgegengekehrt werden kann. Sie hat nicht nur die Arbeiterfront gespalten, sie ist selbst zum Feind übergelaufen. Die um Hugenberg jubeln über die Unterfütterung, die sie von den Kommunisten erhalten. Hugenberg selbst gesteht in einem Aufruf, daß ein Erfolg des schwarzweißroten Volksentscheides ausgeschlossen erschien, aber, so triumphiert er, „das ist jetzt anders!“. Die neuen Hoffnungen der Faschisten zeigen die kommunistische Partei am Schandpfahl der Geschichte.

Das Ueberläufertum zum schlimmsten Klassengegner, der Verrat an den politischen Interessen und an dem Klassenbewußtsein der Arbeiterchaft ist bei der kommunistischen Partei bereits Tradition.

Sie wiederholt heute, was sie nach 1923 bereits geübt hat. Das war die Zeit des sogenannten Linkskurses der kommunistischen Partei unter Ruth Fischer und Konsorten. Dieser sogenannte Linkskurs war die schamloseste Unterfütterung der faschistischen Rechten. Damals, zur Zeit des Beamtenabbaues nach der Stabilisierung, hat die kommunistische Partei der Reaktion geholfen, die Republikanisierung der Verwaltungen wieder rückgängig zu machen. Hand in Hand mit den Deutschnationalen haben die Kommunisten in zahllosen Gemeinden dafür gesorgt, daß sozialdemokratische Beamte abgebaut wurden, damit deutschnationale Beamte im Amt bleiben konnten!

Von dieser Tradition haben sie niemals abgelaufen. Noch nach den Gemeindevahlen der jüngsten Zeit haben sie gemeinsam mit Deutschnationalen und anderen reaktionären Parteien dafür gesorgt, daß zahlreiche Gemeindeverwaltungen in reaktionäre Hände gerieten!

Unter der Herrschaft dieses sogenannten Linkskurses hat die kommunistische Zentrale systematisch den kommunistischen Arbeiter auf die sozialdemokratischen Arbeiter bezogen.

Sie hat Ueberfälle verheerter Jugendlicher auf sozialdemokratische Arbeiter veranstaltet! Sie hat jugendlichen Kommunisten Messer, Schlagringe und Gummiknüppel in die Hand gedrückt und hat sie damit auf die sozialdemokratischen Arbeiter dressiert. Sie hat die Kampfmethoden der Ueberfälle auf Klassenbewußte Arbeiter geschaffen und organisiert, die später den deutschen Faschisten als Vorbild gebient haben. Erst die ungeheure Enttäuschung und die energische handgreifliche Abwehr der sozialdemokratischen Arbeiter, die besonders nach einem Ueberfall verheerter Jungkommunisten auf Teilnehmer an einer sozialdemokratischen Kassenversammlung in Berlin emporschlug, hat diesem widerwärtigen Treiben ein Ende gemacht.

Damals warb Ruth Fischer Inbrünstig um die faschistischen und antisemitischen Studenten, damals leisteten die Kommunisten im Preussischen Landtag wie bei allen Wahlen den Deutschnationalen offene Bundeshilfe.

Ostpreussische Junter erklärten bei den Reichstagswahlen von 1924 ihren Wählern: „Wenn Ihr schon nicht deutschnational wählen könnt, dann wählt wenigstens kommunistisch“. Und die Kommunisten revidierten sich, wenn sie bei diesen Wahlen die Parole ausgaben: „Lieber Nationalsozialisten als Sozialdemokraten!“

Damals unterstützten die Kommunisten jeden Ansturm der Reaktion gegen sozialdemokratische Minister in Preußen. „Wir haben fünfmal die schwarzrotgoldene Regierung gestürzt“, so rühmte sich damals Ruth Fischer.

Der Gipfel aber war erklommen, als bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 die Kommunisten dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, der damals der Kandidat der gesamten Rechten war, zum Siege verhelfen! Als Hindenburg dann gewählt war, versuchten sich die Kommunisten, die seine Wahl herbeigeführt hatten, an die sozialdemokratischen Arbeiter mit sogenannten Unterstützungsangeboten heranzumachen!

Das ist die Tradition des Ueberläufertums, der die kommunistische Partei bei ihrer Unterstützung des schwarzweißroten Volksentscheides der deutschen Faschisten folgt!

Die um Hugenberg und Hitler wissen, was sie an ihren Kommunisten haben. Ihr Ziel ist die Niederwerfung und Niederknüttelung der Arbeiterchaft. Ihr Programm ist bekannt: Aufhebung des Arbeiterschutzes, Beseitigung der Sozialversicherung, Beseitigung des Arbeitsrechts, Beseitigung des Organisationsrechts, Beseitigung der Konsumvereine, der Arbeiterbanken, der Arbeiterpresse, Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Arbeiterchaft.

Niemals können sie diese Ziele erreichen, wenn die Arbeiterchaft einig ist! Daß die kommunistische Partei zu ihnen übergelaufen ist, stärkt ihre Hoffnungen. Sie wollen zunächst die Macht in Preußen um das alte Dreiklassenpreußen wieder herstellen. Aber sie wollen mehr, sie wollen mit dieser schwarzweißroten faschistischen Aktion zugleich die in nächsten Jahre fällige Reichspräsidentenwahl vorbereiten. Sie wollen diesmal einen garantiert echten „nationalen“ Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten des faschistischen Staatsreichs. Das ist das Ziel, das der Bundeskanzler des Stahlhelms am Mittwoch auf einer Pressebesprechung bei der Stahlhelmführung in Wogdeburg aufgestellt hat.

Da sind die Kommunisten wieder genau in derselben Front, wie 1925. Sie sind abermals zum Feinde übergelaufen, sie haben abermals die Front der Klassenbewußten Arbeiterchaft verraten!

Nie wieder Dreiflassenpreußen!

Keine Stimme dem schwarzweißroten Volksentscheid / Von Carl Severing

In den „Blättern des Deutschlandbundes“ veröffentlicht Genosse Carl Severing einen Aufruf gegen den Volksentscheid, in dem es heißt:

In einer stürmisch bewegten Zeit, die Deutschlands wirtschaftliche Grundlagen aufs schwerste erschüttert, sollen sich alle Kräfte und Gedanken zusammenfinden in dem Willen, die katastrophalen Folgen der jetzigen Krisis zu mildern und von Volk und Staat abzuwenden. So sollte es sein! Aber der Politiker hat festzustellen, daß die Not der Zeit gewisse Partigruppierungen in Deutschlands größtem Lande, in Preußen, nicht abhält, weiter auf ihrem Vorhaben, den Preussischen Landtag durch Volksentscheid aufzulösen, zu bestehen. Der Schaden, den die mit dem Volksentscheid verbundene politische Agitation und Erregung für das deutsche Volk bringt, ist sicherlich nicht gering und wird an niemandem vorübergehen. Aber die politische Selbstsucht der Volksbegehrter ist noch größer, so daß wir mitten in der größten deutschen Krise das traurige Schauspiel einer Selbstzerfleischung erleben, die dem kranken Volkskörper nur neue Wunden schlagen kann.

Das Ziel der Auflösung des Preussischen Landtages ist der Sturz der preussischen Regierung, der preussischen Regierung, die den Kurs innehält, der seit 12 Jahren dem Willen der Mehrheit der preussischen Bevölkerung entspricht. Ihre Leistungen in diesem Augenblick hervorzuheben, scheint müßig zu sein. Aber doch muß daran erinnert werden, daß die Flut von Vorwürfen und Angriffen, die gegen den preussischen Staat und seinen Haushalt von der radikalen Rechten erhoben werden, in ein Nichts zerrinnen muß angesichts der Tatsache, daß der preussische Staatshaushalt Jahr für Jahr im Gleichgewicht gehalten worden ist, ohne daß bis zum Jahre 1929 die preussischen Steuern erhöht wurden. Das neue Preußen hat sparsam gewirtschaftet, ohne dabei die sozialen und kultu-

rellen Bedürfnisse zurückzustellen. Die positive Leistung war und ist das Kennzeichen preussischer Politik!

Was Preußen für die Politik des Reiches war und ist, braucht nur angedeutet zu werden. Die Stabilität und die Sicherheit der Zustände in Preußen ist nur dem Kurs zu danken, den die preussische Regierung gemäß den Mehrheiten in den verschiedenen Landtagen seit 1918 unbeirrt innegehalten hat. Sicherheit und Ordnung in Preußen war und ist die Voraussetzung für eine Außenpolitik der Verständigung, die allein Deutschland nach dem Zusammenbruch des Novembers 1918 zum Aufstieg verhelfen konnte und auch heute nur verhelfen kann. Die preussische Regierung hat das Chaos gebannt, die abenteuerlichen Parteigelüste radikaler Flügelparteien niedergehalten, der Wirtschaft die Vorbedingungen zum Arbeiten geschaffen.

Das Preußen von einst, die Domäne rückschrittlichsten Kastengeistes, das Preußen des Dreiflassenwahlrechts, ist endgültig erledigt. Und nur die „Politiker“, die von seiner Wiederherstellung träumen, stehen hinter den Kräften und Gruppen, die die eifrigsten Befürworter und Träger des Volksentscheides sind.

Wir können heute in Preußen und Deutschland politische Experimente nicht gebrauchen, sie würden das Ende unserer staatlichen Lebensmöglichkeit sein. Kämen heute die Kreise der ungehemmten nationalistischen Rechten in Preußen zur Herrschaft, so würde das für die Bevölkerung nicht nur Preußens, sondern ganz Deutschlands namenloses Elend und verzweifelte Not im Gefolge haben!

Keine Stimme dem Volksentscheid!

Sie wollen neue Lohnsenkung!

Und noch Arbeitszeitverlängerung hinzu. — Drohung gegen das arbeitende Volk.

Der Zweverband der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster erläßt einen Aufruf zur Wirtschaftslage, der ebensogut von den Scharfmachern in Rheinland-Westfalen direkt hätte unterzeichnet sein können. Der Aufruf bemüht sich, die Krise auf den „angewandten Sozialismus der Vorkriegszeit“ zurückzuführen. Es ist die Flucht aus der Verantwortung des Kapitalismus.

Die „Selbsthilfe“, die dieser Aufruf fordert, ist nichts anderes als der alte Schrei nach noch stärkerer Lohnsenkung:

„Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Fähigkeit, drachliegende Arbeitskräfte wieder aufzunehmen, muß durch die Senkung der Gestehungskosten wieder hergestellt werden. Die Wirtschaftlichkeit ist in Deutschland in einen völlig unhaltbaren Zustand geraten. Kohlen, deren Erzeugung im Inlande 3 bis 4 Mk. pro Tonne teurer

ist als im Auslande. Eisen, das in Deutschland herzustellen 30 Mk. pro Tonne mehr kostet als im kontinentalen Auslande, können ohne Selbstkostenenkung einfach keinen ausreichenden Absatz finden. Da Steuern, soziale Lasten und Zinsen schwerer denn je auf der Gütererzeugung lasten,

muß der Arbeitskostenanteil an der Gütererzeugung sowohl nach der Seite der Arbeitszeit als nach der Seite der Lohnhöhe beweglicher gestaltet,

d. h. aus der politischen Bindung herauskommen und wieder auf das Marktbedürfnis eingestellt werden. Die Arbeitskosten, bedingt durch Lohn und Arbeitszeit, sind ein Teil der Marktercheinung, richten sich nach den Weltmarktpreisen und können nicht durch politische Gewalt davon gelöst werden.“

Die Leute, die diese Forderungen aufstellen, haben als Wirtschaftsführer im größten Eile bankrott gemacht — und geistig bankrott sind sie obendrein! Wir beweisen es ihnen!

Im deutschen Kohlenpreis ist der Anteil des Arbeitslohnes der niedrigste in der ganzen Welt!

Die Höhe des Eisenpreises in Deutschland ist begründet durch die Spekulation mit den langfristigen Erzverträgen, durch verschleierte Investitionen und durch Aufkäufe von Außenseilern, die allein 60 Millionen Mark erfordert haben.

Die Arbeitsintensität und die Arbeitsleistung pro Kopf in der deutschen Schwerindustrie gehören zu den höchsten in der Welt!

Wer trotzdem durch Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung Preise senken will, der ist entweder ein geistig bankrotter Charlatan oder ein höoartiger Scharfmacher!

Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung — das ist alles, was die Scharfmacher dem Volke als Heilbreche zu verkünden haben! Das ist ihre „Selbsthilfe“!

Die Handelskammern sind öffentliche Institute, die Staatsmittel erhalten. Die Handelskammern im Industriegebiet erblicken ihren Beruf darin, das Sprachrohr der Scharfmacher abzugeben!

Die Scharfmacher aber bezahlen die Organisationen, die den schwarzweißroten Volksentscheid betreiben, der ihnen den Weg zur Macht eröffnen soll! Die Arbeiterchaft weiß, was ihr bevorsteht, wenn dieser Anschlag glückt. Sie weiß aber auch, was sie von den Kommunisten zu halten hat, die mit den Soldaten der Scharfmacher gemeinsame Sache machen!

Veränderte Situation



„Volk, — nicht mehr prügeln! In einer halben Stunde ist gemeinsames Antreten zum Volksentscheid!“

Weg mit den Kriegsschulden!

Die politische Entschliebung in Wien / Keine Bedingungen für Kredithilfe

R. Ba. Wien, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Soeben hat die Politische Kommission den Text der umfangreichen Kundgebung festgelegt, die Otto Bauer als Referent über die Lage in Deutschland und Mitteleuropa vor dem Kongress begründen wird. Diese Kundgebung sagt im Eingang, daß durch die Erschütterung des Kredits in Mitteleuropa und besonders in Deutschland die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ihren Höhepunkt erreicht hat, wenn nicht sofort eine großzügige internationale Kreditaktion die Gefahr des politischen Zusammenbruchs und seiner den Frieden schwer gefährdenden Folgen verhindert.

Jeder Versuch, die Kredithilfe an politische Bedingungen zu knüpfen, muß verworfen werden.

Denn er könnte nur dem deutschen Nationalismus nützen. Die Kreditgewährung wird erleichtert, wenn die deutsche Regierung aus eigenem Antrieb den demokratischen Nationen die Beruhigung zu geben vermag, daß diese Mittel nicht einer Politik des Nationalismus und der Diktatur, sondern des Friedens und der demokratischen Politik dienstbar sein werden. Der Kredithilfe muß so schnell als nur möglich eine

Neuregelung der Reparationen und Kriegsschulden

folgen, die gegenwärtig schon durch die Erhöhung der Kaufkraft des Geldes drückender geworden, aber durch die wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland als vollkommen unhaltbar erwiesen worden sind. Die Annullierung der Kriegsschulden ist heute notwendiger denn je. Mit dieser Neuregelung im engsten Zusammenhang steht die Abklärung, die mit größtem Nachdruck gefordert wird. Nach scharfer Brandmarkung der nationalistischen Hege und der von Rüstungsinteressenten verbreiteten Gerüchte über Krieg und Konflikte bezeichnet die Kundgebung es als unabwendbare Pflicht der Regierungen, Deutschland sofortige Hilfe zu bringen und die Weltkrisis einzudämmen.

Darauf folgt der zweite Teil der Resolution, der sich direkt an die Arbeiterschaft in Deutschland wendet: So unerlässlich die internationale Hilfe für Deutschland ist, so bleibt doch die wichtigste Aufgabe in der Verteidigung der deutschen Demokratie, der deutschen Arbeiterschaft gestellt. Der Kongress hat

vollstes Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie den deutschen Faschismus schlagen werden.

Sie werden dadurch mit ihrer eigenen Freiheit die Freiheit in ganz Mitteleuropa und den Frieden der ganzen Welt retten. Die sozialistischen Arbeiter der Welt werden in diesem Kampf mit allen ihren Kräften an der Seite der deutschen Arbeiterschaft stehen. Die junge Demokratie der mitteleuropäischen Staaten kann nur durch die Kraft der Arbeiterklasse verteidigt und behauptet werden. Aber die Demokratie wird den ganzen Enthusiasmus und damit die ganze Kraft der Arbeiterklasse nur dann für sich zu entfesseln vermögen, wenn sie

die Wirtschaft unter ihrer wirksamen Kontrolle zu stellen, wenn sie sich vor den Massen der Arbeiterklasse als ein Instrument sozialer Umgestaltung zu bewähren vermag. Die Verteidigung der Demokratie muß darum auf das engste verknüpft bleiben mit dem Kampf um den Sozialismus.

Faschisten und Kommunisten empfehlen den besiegten Völkern die gewaltsame Zerreißung der Friedensverträge. Aber jeder Versuch, die Verträge durch einseitigen Bruch oder durch Gewalt zu revidieren, könnte nur die Wirtschaftskrise verschärfen und zum Kriege führen. Was die Friedensverträge an Unrecht enthalten, kann nicht anders überwunden werden als mit den Methoden der Demokratie und des internationalen Rechts. Es wird überwunden werden durch den Aufstieg der Arbeiterschaft. Wie die SWJ schon bisher gegen jede Verantwortung der besiegten Nationen gekämpft hat, so werden die sozialistischen Arbeiterparteien, wenn sie und in dem Maße, wie sie die Macht erobern.

Schriftweise und friedlich die Verträge revidieren.

in dem Sinne, daß sie allen Völkern die volle Gleichberechtigung innerhalb der friedlichen Gemeinschaft der Völker, das Selbstbestimmungsrecht innerhalb eines befriedeten Europa und Schutz und kulturelle Selbstverantwortung innerhalb ihrer nationalen Grenzen sichern werden.

„Die SWJ setzt ihre ganze Kraft daran, der Arbeiterschaft aller Länder die Möglichkeit zu sichern, ihren Kampf auf dem Boden der Demokratie und mit demokratischen Mitteln zu führen. Wenn aber die kapitalistischen Kräfte, die heute noch die Demokratie beherrschen, trotz allem Druck der sozialistischen Parteien aller Länder und trotz der Anstrengungen der britischen Arbeiterregie-

rung zu ihren Bemühungen um die Sicherung des Friedens und der Demokratie die Internationale das vollste Vertrauen hat, die mitteleuropäische Wirtschaft und die mitteleuropäische Demokratie untergehen lassen sollte, wenn im Gefolge einer solchen Katastrophe der deutschen Wirtschaft

in ganz Europa östlich vom Rhein die faschistische Gewalt der Arbeiterschaft ihren demokratischen Kampfboden entzieht: dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg bleiben, als der Herrschaft des Faschismus alle ihre Machtmittel entgegenzusetzen.

Die Welt hat keine andere Wahl mehr als die: Entweder eine sofortige und großzügige internationale Aktion zur Rettung der Wirtschaft, der Demokratie und des Friedens, oder die Katastrophe und den Bürgerkrieg.

Ehrung Viktor Adlers.

Wien, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Die von Wanderveide angeregte Ehrung am Grabe Viktor Adlers vollzog sich unter großer Beteiligung von Delegierten aus allen hier vertretenen Ländern. Unter der Führung der beiden Kongresspräsidenten Seih und Wanderveide versammelte sich ein erheblicher Teil des Kongresses vor dem Denkmal der Republik, das auf drei Säulen die Büsten von Viktor Adler, Ferdinand Hanusch und Jakob Reumann trägt. Karl Kautsky hielt eine kurze Gedenkrede. Zu Beginn der Feier hatten vier Schuhbändler ein riesiges Blumengebinde am Denkmal Viktor Adlers niedergelegt. Zur gleichen Zeit legte eine Abordnung von Reumanns ehemaligen Wahlbezirk ebenfalls einen Kranz nieder.

Faschismus droht Deutschland

Vor dem Haager Gerichtshof wegen der Zollunion

Im Laufe seines Plädoyers über die deutsch-österreichische Zollunion vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof hat Professor Scialoja, der dem italienischen Vertreter Piloti bei den Haager Verhandlungen als Anwalt zur Seite steht, eine unerhörte Äußerung getan.

Nachdem Scialoja bereits vorher bei der Besprechung der politischen Grundlagen, auf denen seiner Meinung nach das erste Genfer Protokoll von 1922 beruht, betont hatte, daß dieses Protokoll die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bezwecke, da der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch Österreichs möglicherweise von einigen Staaten als eine Kriegsursache betrachtet werden könnte, wies er gegen Schluß seines Plädoyers nochmals besonders eindringlich darauf hin, daß der Haager Gerichtshof, obwohl die bevorstehende Entscheidung unter juristischen Gesichtspunkten abgegeben werden solle, bei ihrer Abfassung doch daran denken soll, daß sie politische Folgen haben könnte. Daher müsse der Gerichtshof bei der Formulierung seines Gutachtens den historischen Umständen Rechnung tragen und bedenken, daß hier weniger die Möglichkeit des Abschlusses einer Zollunion durch Österreich, sondern vielmehr eine dem Völkerbundsrat zuerkannte Befugnis zur Debatte stehe. Allein der Völkerbundsrat müßte darüber entscheiden, wann und unter welchen Voraussetzungen Österreich eine Zollunion abschließen dürfe. Scialoja fuhr an dieser Stelle wörtlich wie folgt fort: „Aber es geht hierbei nicht um eine Kleinigkeit, weil eine Abänderung der politischen Lage unter den gegenwärtigen Umständen eines Tages den Krieg oder den Frieden bedeuten könnte. Es handelt sich nicht um Dinge, die man wie ein rhetorisches Spiel auffassen darf. Sie können, ich wiederhole es,

den Krieg oder den Frieden bedeuten. Ihre Entscheidung (zu den Richtern gewendet) bedeutet also etwas mehr, als sie in anderen Fällen bedeuten würde. Wenn Sie erklären, daß der Rat nichts mehr zu tun hat, dann würde diese Erklärung morgen eine Kriegserklärung sein können.“

(Si vous déclarez que le Conseil n'a plus rien à faire, cette déclaration pourra être demain une déclaration de guerre.)

Scialoja beendete diesen Passus sodann mit der Feststellung, daß man seines Erachtens schon bei der Abfassung des Vertrages von St. Germain sehr gut gewußt habe, daß der Anschluß Österreichs das Ideal Deutschlands darstelle. Da man somit damals schon die Möglichkeit habe ins Auge fassen müssen, daß diese Frage später wieder auftauchen werde, habe man die Entscheidung darüber dem Völkerbunde vorbehalten müssen, der sie in seiner Eigenschaft „als politische Körperschaft und nicht als Richter“ treffen sollte.

Im Auftrage der faschistischen Regierung hat der italienische Anwalt vor dem Internationalen Gerichtshof ein Verbrechen gegen den Frieden begangen. Seine Rede ist um so schlimmer, als es sich um einen Mann handelt, der bisher hohes Ansehen in der Welt des internationalen Rechts besaß, um einen Gelehrten, der den Sinn seiner Worte kennt.

Seine Rede ist eine offene Drohung mit dem Krieg. Mit kriegerischen Gewaltmaßnahmen bedroht sie den internationalen Gerichtshof. Sie kündigt die Zerreißung der internationalen Nie-wieder-Krieg-Verträge an. Sie droht den entwaffneten Deutschland und Österreich mit der Uebermacht einer gerüsteten Großmacht.

Der Weltgerichtshof im Haag wurde vom Völkerbundsrat berufen, um ein Gutachten zu erteilen über die rechtliche Zulässigkeit oder Unzulässigkeit einer deutsch-österreichischen Zollunion; er wurde wie ein Verfassungsgerichtshof vom Völkerbund beauftragt, die Vereinbarkeit des Zollunionsplanes mit dem geltenden Recht zu prüfen. Der faschistische Regierungsvorsteher wagt es, diesen Gerichtshof mit „politischen Konsequenzen“ zu bedrohen. Er erschüttert und untergräbt und greift die Autorität der höchsten rechtlichen Instanz, die es in der Welt gibt, damit an, daß er sie warnt, die Zollunion für zulässig zu erklären. Von ihrer Pflicht, die Wahrheit und nichts als die rechtliche Wahrheit zu finden, sucht der Faschismus die Haager Richter abzubringen; er setzt sie unter politischen Druck, er tut etwas, das noch nie eine Regierung gewagt hat. Der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit wehrt der Faschismus sonst nur zu gut Lippenbienst zu erweisen. In dem Augenblick aber, wo es sich zum ersten Male um eine lebenswichtige Frage handelt, kündigt der Faschismus an, daß er sich über das Recht hinwegsetzen wird, wenn es zu seinen Ungunsten ausgelegt wird.

Die Kriegsandrohung des Faschismus richtet sich zugleich aber gegen den internationalen Nie-wieder-Krieg-Vertrag. Er gilt seit zwei Jahren und besagt, daß für alle Zukunft die Regierungen auf den Krieg und die Kriegsandrohung als ein „Mittel der nationalen Politik“ verzichten. Unter diesem Vertrag steht auch die Unterschrift Mussolinis. Wir stellen vor aller Welt fest, daß die Androhung politischer Konsequenzen, daß die Drohung mit dem Krieg einen offenen und glatten Bruch des Nie-wieder-Krieg-Vertrages darstellt. Die demokratischen Völker der Welt hatten durch die Unterschrift ihrer Regierungen den Krieg geächtet. Der Faschismus aber spricht vom Krieg für den Fall, daß die Zollunion als international rechtlich zulässig erklärt wird und Deutschland und Österreich von diesem Recht Gebrauch machen; der Kriegsandrohungvertrag ist vom Faschismus zerrissen.

Aber nicht nur wird das Internationale Gericht vom Faschismus bedroht und das internationale Recht von ihm verhöhnt; die faschistische Regierung bedroht zugleich Deutschland und Österreich. Noch ist gar nicht festgesetzt, ob Deutschland und Österreich das Recht auf die Zollunion haben, noch ist es eine offene Frage, ob sie von einem solchen Recht Gebrauch machen; und schon droht der Faschismus mit Gewalt. Ein Recht Deutschlands und Österreichs auf die Zollunion soll im Keime erstickt werden; der Faschismus will 1931 das Ansehungsverbot von Versailles und St. Germain erneuern. Ein Recht Deutschlands, das dem Faschismus nicht paßt, soll mit Waffengewalt unterdrückt werden. Was sagen die deutschen Nationalisten dazu? Sie leben einzig in Paris Nationalismus. Werden sie aus dem Plädoyer des faschistischen Anwalts im Haag lernen, daß der Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, schärfer noch als von Paris, von Rom aus bekräftigt wird? Werden sie jetzt endlich aus dem Traum erwachen, daß Deutschland beim Faschismus Unterstützung gegen Frankreich findet?

30-Stunden-Woche in Amerika

Zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Washington, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Die Bundesbehörden sehen dem kommenden Winter angesichts der stärker und stärker werdenden Arbeitslosigkeit mit wachsender Besorgnis entgegen. Die Ministerien prüfen die Frage, inwieweit es angebracht ist, die Hilfsmassnahmen für die Arbeitslosen und die Maßnahmen gegen die Krise unter einheitliche Leitung zu stellen. Der Bundesarbeitsminister Doak teilt zur Linderung der Zustände für eine 30stündige Arbeitswoche in der Industrie und bei den Behörden ein.

Streiknachwehen in Nordfrankreich.

Paris, 30. Juli. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch haben auch die bisher noch streikenden kommunistischen Arbeiter in der nordfranzösischen Textilindustrie die Arbeit wieder aufgenommen, so daß der Streik endgültig beendet ist. Zahlreiche Arbeiter sind aber brotlos geworden, da einige Fabriken vollkommen geschlossen wurden und andere aus Mangel an Rohstoffen die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben.

Lord Georges Befinden. Lord George ist von den Ärzten für die Dauer von vier Monaten völlige Ruhe angeraten worden. Er wird nach seiner Heilung eine schon seit längerer Zeit geplante Weltreise antreten.

Sparer um Millionen betrogen

Unregelmäßigkeiten bei der Evangelischen Heimstättengesellschaft

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen die Leitung der Deutsch-Evangelischen Heimstättengesellschaft (Deha) wegen schwerer Unregelmäßigkeiten der verantwortlichen Leiter dieser Organisation eine Untersuchung eingeleitet. Der durch die Unregelmäßigkeiten entstandene Schaden wird von unterrichteter Seite auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Geschädigt sein sollen etwa 20 000 Sparer. Die Unregelmäßigkeiten beziehen sich auf Bilanzfälschungen, Konkursverbrechen, Urkunden- und Wechselgefälschungen. Als besonders belastet gelten der bisherige Generaldirektor der Deutsch-Evangelischen Heimstättengesellschaft Wilhelm Jappel und der bisherige Prokurist Dr. Lanzer.

Die Gesellschaft war zur Durchführung von Bausparverträgen gebildet worden und unterhielt eine der größten Bausparkassen Deutschlands, hinter der die Janere Mission stand. Vor Wochen geriet die Organisation in finanzielle Schwierigkeiten. Der Schwindel kam aus Tageslicht.

Wie wir von der Justizpressestelle in Mosbit erfahren, ist zahlreiches belastendes Material sichergestellt worden, das erst eingehend geprüft werden muß. Zu erwähnen ist noch, daß sich die Untersuchung nicht gegen die zur Zeit amtierende Direktion der Dewoheim, sondern gegen die frühere Geschäftsleitung richtet.

Hatfbefehl gegen Nazi-Abgeordneten.

Vom Schöffengericht Dranienburg ist heute gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Karl Kaufmann Hatfbefehl erlassen worden.

Nazi-Kaufmann, der in dem Dranienburger Hafenzweckblättern als verantwortlicher Redakteur zeichnete, hatte die bekannten Straßer-Briefe vom 13. März 1928, die von Beleidigungen gegen den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun nur so strahlten, veröffentlicht. Während der Verfasser der Briefe, Gregor Straßer, bereits abgeurteilt ist, konnte Kaufmann bisher nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sämtliche Ladungen zu den wiederholt angeetzten Terminen ließ er unbeachtet. Jetzt wird die Polizei den Kaufmann dem Richter vorführen.

Zurück aus der Eiswüste

„Zeppelin“ noch heute über Berlin, keine Landung in Leningrad

Moskau, 30. Juli.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien um 5.40 Uhr über Leningrad, beschrieb einen Kreis über dem Flughafen und ließ in einem Fallschirm die Aufzeichnung von Dr. Ekeners und Prof. Samoilowitsch für die Kommandanten des Flughafens hinunter. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß Dr. Ekeners infolge der ungünstigen Witterung zu seinem nächsten Bedauern auf die Landung verzichteten und nach Süden wenden mußte.

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin meldet, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute gegen 19 Uhr in Berlin zwischenlanden. Näheres ist beim Flughafen Tempelhof, Bärwald 5091, zu erfahren.

Das Forschungsergebnis.

Die Forschungsfahrt hat nach hier vorliegenden Erklärungen des russischen Professors Samoilowitsch zu der Entdeckung mehrerer Inseln geführt. Ferner ist festgestellt worden, daß ein Hamsworth-Land und ein Albert-Eduard-Land nicht bestehen, daß die Eremitage eine Halbinsel ist und das Alexander-Land wesentlich anders aussieht, als es bisher beschrieben und kartographiert dargestellt wurde. Außer-

dem machte die Expedition nach den Erklärungen des russischen Professors wertvolle Beobachtungen und Temperaturmessungen. Es wurden vier Stratosphärenballons abgelassen.

Bei Oberbürgermeister Dr. Sahm ist ein Telegramm Dr. Ekeners eingetroffen, das besagt, Dr. Ekeners hoffe, gegen 19 Uhr mit dem „Graf Zeppelin“ in Tempelhof zu landen. Man nimmt an, daß das Luftschiff eine Stunde in Tempelhof bleiben wird. Es sind noch keine Dispositionen darüber getroffen, ob das Luftschiff in Staaken übernachtet oder nach Friedrichshafen weiterfliegen wird.

Ozeanflieger in England gelandet.

Der Flug Herudons und Pangborns geglückt.

Von den beiden amerikanischen Flugzeugen, die am Dienstag Amerika zu einem Ozeanflug in Richtung Stambul bzw. Moskau verlassen haben, ist bisher nur das Flugzeug gelandet, dessen Insassen, die Flieger Herndon und Pangborn, den Weltumflug-erford der Amerikaner Post und Gatty brechen wollten. Die Flieger landeten am Mittwochabend in England. Von dem zweiten amerikanischen Flugzeug, das Stambul in einem Nonstop-Flug erreichen wollte, fehlt bisher jede Nachricht.

Die Stargagen werden gesenkt

Beschlüsse der Berliner Bühnenleiter

Generalangriff auf die Prominentengagen! Im Januar d. J. hatte bereits ein Vorgeplänkel stattgefunden, als sich in München die Vertreter der deutschen Opernbühnen mit der Herabsetzung der Stargagen beschäftigten. Nun wird der Hauptschlag in einer Versammlung des Verbandes Berliner Bühnenleiter geführt, auf der fast alle namhaften Direktoren der Privattheater erschienen waren. Man will mit einer Forderung Ernst machen, wie sie schon seit Jahr und Tag nicht nur in den Kreisen der engagementslosen Schauspieler, sondern auch in der Öffentlichkeit laut wurde. Die schwere Krise, in der sich das Theater befindet, wird nicht mit Unrecht zum Teil auf die Auswüchse des Stargagens zurückgeführt, das unhaltbare Zustände geschaffen hat. Es gibt in Deutschland nur ein paar Sänger und Bühnendarsteller, deren Einnahmen in die Hunderttausende gehen, die beim Theater, beim Film, beim Rundfunk und durch die Schallplatte beträchtliche Summen verdienen. Dieser ungesunde Zustand, an dem das Publikum übrigens die Hauptschuld trägt, hat dazu geführt, daß einige Künstler mit ausgebreiteter Tätigkeit einen richtigen Geschäftsbetrieb gegründet haben, um auf kaufmännische Weise den Vertrieb ihrer Darbietungen zu besorgen. Vor drei Jahren wurde die Deffentlichkeit mit der Nachricht überrascht, daß eine „Fritz Kortner-Johanna Hofer-G.m.b.H.“ ins Handelsregister eingetragen worden sei. Als man sich darob wunderte, erfuh man zur Beschwichtigung, daß derartige Firmen längst „handelsüblich“ seien.

Wie ungesund und auf die Dauer unhaltbar dieser Zustand war, haben die hochbezahlten Prominenten selbst begriffen: so hat sich Werner Krauß vor einiger Zeit der Staatsbühne verschrieben und gegen die Sicherheit eines lebenslänglichen Vertrages gern auf die hohen Gagen verzichtet, die ihm von den Berliner Privatbühnen bewilligt waren. In den letzten Monaten haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Theaterwesen, besonders in der Berliner Bühnenwelt noch mehr zuspitzt. Auch Optimisten wagen nicht zu prophezeien, wie die Saison in der „ersten Theaterstadt der Welt“ während des kommenden Winters ausfallen wird. Es ist daher nur ein Gebot der Selbsterhaltung und eine Existenzfrage der Theater, wenn sich jetzt die Berliner Bühnenleiter einig geworden sind, an eine Senkung der Ausgaben mit aller Energie heranzugehen. Die Höchstgagen soll für alle ohne Ausnahme 3000 Mark monatlich betragen, wobei es dem Bühnenleiter anheimgestellt werden soll, hervorragende Darsteller prozentual an dem Reingewinn seines Unternehmens zu beteiligen. Auch die Doppel- und Dreifachbeschäftigung im Theater, Tonfilm und Kabarett soll unmöglich gemacht werden. Vor einigen Tagen hat in der Reichshauptstadt eine tumultuarische Versammlung der Schauspieler stattgefunden, in der die furchtbare Not der engagementslosen Künstler ohne Beschönigung geschildert wurde; die Beschlüsse des Verbandes Berliner Bühnenleiter werden von dem Ergebnis dieser Versammlung nicht ganz unbeeinflusst gewesen sein.

Was haben eigentlich die „Prominenten“ bisher verdient? Nicht immer kann man die Ziffern exakt angeben; oft werden die Gagen aus naheliegenden Gründen zu niedrig angelegt, manchmal aber auch übertrieben, wenn es gilt, die Reklametrümmer zu rühren. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Berliner Theaterdirektion Kotter ihrem Star Richard Lauber für jeden Abend 2500 M. zahlte, und seine letzte Partnerin Gitta Lipar einen Vertrag für 200 Abende zu je 800 M. hatte. Käthe Dorsch und Michael Bohnen hatten im vergangenen Jahr einen Vertrag über 200 Abende zu je 1500 M.; Bohnen beanspruchte außerdem noch einen bestimmten Anteil an der Theaterinnahme. Elisabeth Bergner soll im vergangenen Jahr eine Tagesgage von 1500 M. gehabt haben, während die Einnahme des Ehepaares Pallenberg-Rafferty an einem einzigen Tag 3000 bis 4000 M. betrug, also etwa soviel, wie ein kleiner Beamter im ganzen Jahr verdient. Zu den Höchstbezahlten gehören Albert Bassermann und Werner Krauß, die beide wahrscheinlich nicht unter 1200 M. am Abend aufgetreten sind. Fritz Kortner bezog früher am Staatstheater eine Jahresgage von 120.000 M., die ihm aber nicht ausreichte; er hatte sich daher vorbehalten, die Hälfte des Jahres entweder auf Urlaub zu gehen oder Gastspielfreisen zu unternehmen.

Warum zahlen die Theaterdirektoren solche Summen, die doch oft, wie jedem Uninteressierten klar sein muß, weit über das hinausgehen, was sie selbst verdienen können? Es ist kein Verzicht, sondern das Publikum zwingt sie dazu. Es gibt in Berlin sehr viele Menschen, die sich ein bestimmtes Stück ansehen, nur um einen berühmten Schauspieler zu bewundern. Diese Erwägung bringt den Theaterleiter in eine Zwangslage. Nicht anders ist es beim Film. Ohne einen Namen von Rang würde irgendein beliebiger Film nicht halb soviel Zulauf finden, und das ist der Grund, warum bisher die Stargagen trotz allen Abmachungen unangreifbar gewesen sind. Es hat schon seit längerer Zeit ein Abkommen bestanden, das die Opernbühnen verpflichtete, auch dem berühmtesten Sänger nicht mehr als höchstens 1000 M. für den Abend zu zahlen. Der Beschluß ist nicht eingehalten worden, und er könnte nicht eingehalten werden, wenn die Opernbühnen nicht ihre besten Kräfte an das Ausland verlieren wollten. Es wird sich zeigen, ob der Versuch der Berliner Bühnenleiter mehr Erfolg haben wird. Diesmal steht die wirtschaftliche Not

im Hintergrund, die Theaterleiter und Schauspieler kaum eine andere Wahl läßt: auch bieten sich dem Künstler der Sprechbühnen die Möglichkeiten des Sängers nicht, der überall gehört und verstanden wird.

KPD.-Studenten kneifen.

Der Stahlhelm-Volksentscheid der Kommunisten.

Unter diesem Thema hielt an der Hochschule für Politik am Mittwoch die Sozialistische Studentenschaft eine überfüllte Studentenversammlung ab, in der der Vorsitzende Genosse Groß scharfe Abrechnung hielt mit dieser neuesten „antifaschistischen“ Parole der KPD. Die Leitung der KPD.-Studenten war vorher offiziell eingeladen, einen Korreferenten mit gleicher Redezeit und Schlusswort wie der Referent zu stellen. Sie zog es aber vor, zu kneifen mit der verschämten Begründung, daß ihnen die Themenstellung zu „provokierend“ sei. Es war aber doch ein beträchtlicher Teil der kommunistischen Studenten in die Versammlung der Sozialistischen Studentenschaft gekommen. Da die Leitung der KPD.-Studenten es aber zu keiner Aussprache kommen lassen wollte, in der ja nur ihre innere Unsicherheit und Uneinigkeit zum Ausdruck kommen konnte, zwang sie bei Beginn der Diskussion ihre Mitglieder zum Verlassen der Versammlung, wieder unter der oberlauten Begründung, die Formulierung des Themas „Stahlhelm-Volksentscheid der Kommunisten“ sei „zu provokierend“. Pathetisch kündigten sie eine eigene Versammlung unter dem Thema „Roter Volksentscheid“ an.

Dieser Auszug, der unter dem Gelächter der Versammlung erfolgte, zeigte, wie es für die kommunistische Führung immer schwieriger wird, ihre Massen für ihre klassenverräterischen Parolen zu halten. Das betonte auch ein Vertreter der KPD.-Opposition, der sich gegen den Stahlhelm-Volksentscheid der Kommunisten aussprach.

Gegen den kommunistischen Zirkus.

Nieder mit dem Volksentscheid der Stahlhelmisten!

Obwohl die Kommunisten mit allen Mitteln versuchten, die Annahme der nachstehenden Resolution zu hinterziehen, wurde sie mit allen gegen etwa 20 Stimmen angenommen.

„Die am 28. Juli 1931 in der Schlachthausbrauerei Schöneberg, Hauptstraße, von der gesetzlichen Arbeitervertretung einberufene Betriebsversammlung der Wig u. Genest Aktiengesellschaft fordert alle bei der Firma Beschäftigten auf, sich nicht an dem Volksentscheid vom 9. August 1931 zu beteiligen.“

Da der Stahlhelm und die ihn unterstützenden Parteien wie Hitler-Hugenberg usw. nur die Absicht haben, die demokratischen Volksrechte zu beseitigen, so hat die werktätige Bevölkerung die Pflicht, sich von diesen reaktionären Bestrebungen fernzuhalten. Die Parole muß darum lauten: Kein Werttätiger zum Volksentscheid der Stahlhelmisten.“

Daß solche Beschlüsse erst noch gefaßt werden müssen, ist das zweifelhafteste Verdienst der „revolutionären“ Volksentscheider.

Frantzösischer Botschafterwechsel. Die Pariser Regierung hat beschlossen, den durch die Ernennung des bisherigen französischen Botschafters in Rio de Janeiro, Graf Dejean, zum französischen Botschafter in Moskau freigewordenen Posten mit dem derzeitigen Botschaften im Haag, Kammerer, zu besetzen.

Grimme bei den Austauschschülern.

Der hohe Wert der konationalen Erziehung.

Gestern stattete der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Grimme, zusammen mit dem spanischen Botschafter Castro und dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm, den Austauschschülern der Gesellschaft für konationale Erziehung in Hermsdorf, Hohenlychen und auf der Pannwihlinsel einen Besuch ab.

In Hermsdorf bespricht ein deutscher Lehrer mit französischen Schülern, während man gemeinsam eine Novelle von Max Guch liest, Schönheiten und Klippen der deutschen Sprache. In einem anderen Zimmer ist es umgekehrt: ein Kabinettstückchen der französischen Literatur gibt dem französischen Lehrer Gelegenheit, seine deutschen Schüler in die Sprache des Nachbarvolkes einzunehmen. Im dritten Zimmer aber ist eine gemeinsame Diskussion, und Minister, Botschafter und Oberbürgermeister setzen sich hinzu. Nachher sind Erwachsene und Jünglinge zusammen, und Dr. Grimme hält eine kurze Ansprache. „Konationale Erziehung liefert durch die Erkenntnis des Wertes einer anderen Kultur nur eine höhere Möglichkeit, stolz zu sein auf das, was die eigene Nation geschaffen hat. Deshalb wird die preussische Regierung dieses schöne Wert nach besten Kräften unterstützen, und ich freue mich, hier bei den jungen Franzosen und Deutschen zu sein, die gemeinsam lernen und leben.“

Im Ferienheim in Hohenlychen sind die Reichsjugge, die englische und die französische Fahne gehißt. An dem munteren Treiben im Garten nimmt die Bevölkerung, nimmt vor allem die Arbeitererschaft regen Anteil. Da sind 25 deutsche und 25 französische Mädchen mit ihren Lehrerinnen zusammen. Auch hier werden die Vertreter Preußens, Berlins und vor allem auch Spaniens, das in einem früheren Königsstolz deutsche Austauschschüler aufgenommen hat, herzlich begrüßt. Aber noch eine dritte Ferienhause wartet: das sind die Engländer aus der Industriestadt Sheffield, die auf der Pannwihlinsel zusammen mit ihren deutschen Altersgenossen leben. Hier spricht Oberbürgermeister Sahm, der seine Freude über das Wert ausdrückt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß recht bald dieses Wert noch stärker durch die staatlichen und kommunalen Stellen unterstützt werden kann.

Der Vertreter des auswärtigen Amtes, Geheimrat Böhme, nahm an der Rundfahrt teil und bekundete das Interesse seiner Behörde für dieses schöne Werk. Am Sonnabend wird Landtagspräsident Bartels, am Montag der französische Botschafter de Margerie die Anstalten besuchen.

Als die Gäste gestern von Hermsdorf schieden, sangen französische und deutsche Schüler gemeinsam: „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Das war wie ein Symbol. Dieses Sichtenlernen, dieses gemeinsame Arbeiten ist ein wertvolles Stück Fortschritt auf dem Wege zur Verständigung der Völker, es ist ein Zeichen einer neuen Zeit.

Das Stillhaltekomitee der BIZ.

Schweiz hat sich noch nicht angeschlossen.

In Basel ist als Spitzenorganisation der nationalen Stillhaltekonjunktur der BIZ, gebildet worden. Deutschland ist in der Kommission durch den Bankier Meljor vertreten.

Die inwärtigen von der Reichsbank und Vertretern der englischen und der amerikanischen Banken über die Stillhaltung von Auslandsbanken erzielte grundsätzliche Vereinbarung betrifft zunächst die englischen und amerikanischen Banken allein. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Großbanken in Holland und der Schweiz sich den Vereinbarungen bald anschließen werden und damit die Stillhaltung des weitaus größten Teils der an Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite gesichert wäre. Solange insbesondere die Schweiz sich den Vereinbarungen nicht angeschlossen hat, ist mit der Aufhebung der Reiseperrre nicht zu rechnen.

Den englischen und amerikanischen Banken ist die Zulieferung gegeben worden, daß sie einen gewissen Betrag ihrer Forderungen auf andere deutsche Firmen umlegen können. Die Golddiskontbank wird bei dieser Umlegung eingeschaltet.

Neue Diskonterhöhung in England.

Abwehrpolitik der Rotenbank.

London, 30. Juli.

Der Diskont der Bank von England wurde heute wiederum um 1 Proz. also von 3½ auf 4½ Prozent erhöht. Mit dieser abermaligen Diskonterhöhung ist also zur Abwehr der französischen Goldabzüge der englische Bankzinsfuß innerhalb einer Woche nahezu um das Doppelte verteuert worden.

Wetter für Berlin. Wolkig bis bedeckt mit etwas Regen, mäßige südwestliche bis westliche Winde. — Für Deutschland. Im Norden und Nordosten meist heiter und trocken, in Ostdeutschland im Laufe des Tages Eintrübung, in Mittel- und Westdeutschland wechselnd bewölkt bis trübe mit einzelnen leichten Regenfällen.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Drepte, Berlin; Anzeigen: E. H. Glöde, Berlin; Verlags-Bureau: Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 5, Biers 1, Verlags.

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin
Der Mittelstab der Gruppe zur Nachricht, daß der Kollege
Reinhold Lösche
Pensionär, früher Bohrer im R.W. Tempelhof, am 27. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet Freitag, den 31. Juli, 15 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung

Theater, Lichtspiele usw.
Deutsches Theater
8 Uhr
Letzte Aufführung
Der Hauptmann
von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Kurtlirslendamm-Theater
Bismarck 448/49
8½ Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Nomische Oper
Friedrichstr. 164
8½ Uhr

Frauen haben das gern...
Musikal. Schwank
von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 9.30-7.00
Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians,
Michael Bohnen

SCALA
Tägl. 8 u. 8½
8½ u. 8
8½ u. 8
M. u. H.
WILLIAMS
LEE GAIL-ENSEMBLE
1 Wirtshaus usw.

Winter Garden
8.15 Uhr Flora 3434 Kuchens erlaucht
Ballett Edwardowa, 10 Bros,
4 Richys, Mary-Erik-Paul etc

Reichshallen-Theater
„Alles verrückt!“
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75/1

Schwerhörige
Hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-AMUSTIK-APPARAT
mit neuestem Heinhörer!
— Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik-Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung:
Berlin-Wilmersdorf, Metzstr. 43
Bln., Klosterstr. 44, Sing. Grunerstr.
Reinickendorf-Ost, Brünner Str. 4
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos!
Auf Wunsch Zahlungsanfertigung

Serda Weyl:

„Die andere Seite“

Als 1450, 100 Jahre nach der Erfindung des Schießpulvers, Gutenberg die Buchdruckerkunst erfand, war nichts von dem Mißbrauch zu ahnen, von der Lohndruckerei, die mit der einen Erfindung...

Diese Geschichtsbarstellung und dieser Geschichtsunterricht ist von stärkster Tendenz im Sinne derer, die „oben“ sitzen, weitab vom Schuß, in der Stille. Die derart Geschichte schreiben und lehren, sehen nur die Schießpulverseite in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft...

Mit dem Namen eines Buches verbindet jeder Begriffe, mit Schachtelnamen nicht. Worum der Krimkrieg 1856 ging, weiß man kaum. Welche geistige Revolution das fast gleichzeitige Erscheinen von Darwins „Entstehung der Arten“ hervorrief, weiß jeder. Und sicher ist das größte Ereignis des Jahres 1915 die Herausgabe von Einsteins „Relativitätstheorie“ und nicht die Torpedierung der „Lusitania“ oder der erste Giftgasangriff.

Wenn das Geschichtsbuch der Menschheit sozusagen kaum männlich geführt würde, mit Plus und Minus, so hat man uns bisher getäuscht, indem man fast nur das Negative vorführte und es als Positives ausgab. Wenn wir nun unsererseits hier eine sehr gedrängte und nur beispielhafte Aufstellung eines solchen „Hauptbuches“ versuchen, so wird klar, was durch die nur negative Behandlung der Negativ- oder Schießpulverseite zu gewinnen wäre, was durch die Verschweigung der Positiv-, der anderen Seite gesündigt wurde:

Table with 2 columns: Plus and Minus. Lists historical events and their corresponding dates and locations.

Der französische Völkerbundsdelegierte Professor Bella hat festgestellt, daß von den 3400 Jahren einigermassen genau übersehbarer Weltgeschichte in 248 Jahren Frieden geherrscht, in 3152 Jahren Kriege stattgefunden haben. Da einer äußeren Abrüstung eine Abrüstung der Geister vorangehen muß, scheint als deren Mittel eine positive Geschichtsmittelung wichtig. Es muß erkannt und jedem beigebracht werden, daß die beiden schwarzen Künste, die des Schießpulvers und die des Buchdruckes keine Verbindung haben dürfen, daß die eine der Krieg ist, die andere der Friede. Daß nur die Erzeugnisse der Buchdruckerkunst (im weitesten Sinne) Wert und Bedeutung haben dürfen und unser Geschick bestimmen sollen.

Die Lektüre der Frau

Walter Hofmann, der verdienstvolle Leiter des „Instituts für Leser- und Schrifttumskunde“ in Leipzig, veröffentlicht soeben eine umfangreiche und sehr sorgfältige Untersuchung über „Die Lektüre der Frau“ (Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig, 210 Seiten, gebunden 9 Mark). Die Arbeit verwertet das statistische Material der städtischen Bücherhallen zu Leipzig aus den Jahren 1922 bis 1926. An Hand zahlreicher graphischer und tabellarischer Uebersichten zeigt Hofmann, welche Bücher von der Frau bevorzugt werden, wie sich das Lesebedürfnis der Frau von

Man mache den Studenten klar...

Anmerkungen zum „akademischen Geist“ unserer Tage

An Deutschlands Hochschulen häufen sich politische Krawalle rechts- und linksradikaler Studenten. Die wirtschaftliche Not hat die Studentenmassen radikalisiert. Rechts- und linksradikale Studenten terrorisieren die Vernünftigen und Gemäßigten. Die Studenten greifen zum Knüttel und versuchen ihre politischen Gegner auf diese Weise aus den Räumen der Hochschule zu vertreiben bzw. fernzuhalten. Auch im übrigen politischen Leben Deutschlands herrscht Terror. Die feindlichen radikalen Gruppen tragen ihre politischen Meinungsverschiedenheiten mit Schlagring und Revolver aus. Dennoch kann man mit Recht verlangen, daß die Studenten, die sich so oft auf akademischen Geist und akademische Zucht berufen, ihre politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten in der geistigen Kampfform, der Diskussion, zum Austrag bringen.

Dieser Prügelgeist hat auch tatsächlich seinen Ursprung nicht nur in der wirtschaftlichen Verzweiflung, sondern, vielleicht sogar hauptsächlich in einer anderen Tatsache. Die rechtsstehenden Studentenverbände huldigen in ihren Kreisen der Gewalt. Wer in eine solche Verbindung eintritt, erhält ungefähr folgende „wertvolle“ Regeln als höchsten Grundgesetz seines Benehmens eingepaukt: „Du hast eine eigene Meinung, aber deine „eigene“ Meinung hat die Meinung deiner Verbindung bzw. deines Verbandes zu sein. Wer deine Meinung angreift, der greift dich persönlich an, er greift deine persönliche Ehre an. Die Ehre ist dein höchstes Gut. Wer die Ehre angreift, der beleidigt sie. Wer deine Ehre beleidigt ist ein Schuft. Mit einem Schuft verhandelt und unterhält man sich überhaupt nicht. Einen Schuft schlägt man einfach nieder.“

Da nun der größte Teil aller Studierenden entweder den rechtsstehenden Verbänden angehört oder mit ihnen sympathisiert, so ist diese oben beschriebene Ueberzeugung, die bewusste und verteilte Anschauung der meisten deutschen Studenten. Dadurch werden die übrigen Studenten von diesem Gewaltethismus so stark infiziert, daß sie zum mindesten unterbewußt sich dieser Meinung anschließen. Diese Auffassung verhindert es, daß man sich zu einer Diskussion überhaupt bereit erklärt. Auch noch so große Gegenstände, auch noch so große Meinungsverschiedenheiten geben die Möglichkeit einer Debatte mit Worten. Man braucht dem Gegner nur das Recht zuzugestehen, daß er seine Meinung zum Vortrag bringen kann. Die verzweifelte Lage der Studierenden ist zum wenigsten der Grund dafür, daß man bei dem geringsten Anlaß die Brachialgewalt anwendet. Man predigt ja gerade in akademischen Kreisen die körperliche Beherrschung der geistig Gebildeten. Man gesteht dem Gegner gar nicht das Recht zu, diskutieren zu dürfen. Man prügelt also nicht aus Verzweiflung, sondern aus Ueberzeugung. Der akademische Geist befindet sich also in den Universtitäten auf dem Aussterbeort.

Sonderbarerweise findet man aber diesen akademischen Geist in einer Hochschule, die nicht nur Akademiker zu ihren Angehörigen zählt. Es ist die Deutsche Hochschule für Politik. Ihren

Aufbau kennzeichnet, daß sie nicht nur von Akademikern besucht wird. Sie ist in drei Abteilungen eingeteilt: 1. Die profeminaristische Abteilung, 2. die seminaristische Abteilung, 3. die akademische Abteilung. Nur in der letzten befinden sich Akademiker. Dennoch waltet in allen Abteilungen ein vorbildlicher akademischer Geist. Trotzdem die Hörer der Hochschule allen denkbaren politischen und weltanschaulichen Richtungen angehören, kommt es dort niemals zu irgendwelchen Täuschlichkeiten, und gerade hier ist doch die Politik der einzige Lehrgegenstand. Doch nicht nur in bezug auf den geistigen Kampf ist die Hochschule für Politik „akademischer“ als vielleicht viele Universtitäten, sondern auch in bezug auf das Lernbestreben der Hörer. Auf der Berliner Universität z. B. sitzen in den Kollegs und Übungen hunderte von Hörern. Neben den Hörern, die tatsächlich voll mitarbeiten, ist ein Teil dieser Hörer nur zufällig da, um sich vom Professor das notwendige Testat zu verschaffen. Ein anderer Teil besucht die Vorlesungen höchst unregelmäßig und ist daher uninteressiert, weil er den Gedankengängen des Vortragenden nicht folgen kann. Anders an der Hochschule für Politik: Die Vorlesungen und Übungen sind nur von einer geringen Hörerzahl besucht und diese Hörer erscheinen regelmäßig und sind sehr bei der Sache. Sie haben alle den Willen, die Politik als Wissenschaft zu betrachten und möglichst tief in die Materie dieser Wissenschaft einzudringen. Während der Kollegs sind die Gänge in der Hochschule für Politik leer, denn alle anwesenden Hörer befinden sich in Kollegs, und wenn sie eine Freistunde haben, so arbeiten sie eifrig im Lesesaal. Anders in der Universtität: Die Verbindungen haben ihre Stehkonvente auch während der Kollegs, wenn sie auch offiziell sich nur auf die Pausen beschränken sollen. Nur in den Korridoren und Hallen, wo sich die „Arbeitslosen“ während der Kollegs aufhalten, kann es zu Reibereien kommen. Im Kolleg ist der Geist der interessierten Studenten voll auf in Anspruch genommen und man hat keine Zeit, sich auch noch mit anderen Dingen zu beschäftigen.

Man sieht also an dem Beispiel der Hochschule für Politik, wie man einige Ursachen dieser dauernden Krawalle beseitigen könnte. Man mache also den deutschen Studenten einmal klar, was wissenschaftlich arbeiten heißt. Man mache ihnen klar, daß Universtitäten keine Rauf- und Kummelplätze sind, sondern Stätten der Wissenschaft. Man mache ihnen klar, daß selbst mit dem schärfsten politischen oder weltanschaulichen Gegner eine gemeinsame Diskussionsbasis möglich ist, und daß es ehrenvoller ist, in einer Diskussion mit Erfolg seinen Mann zu stehen, als den Andersdenkenden niederzuschlagen. Wenn diese Erkenntnisse und ihre Bedeutung den Studenten richtig eingegangen sein werden, so wird es keine Krawalle mehr geben und kein politischer Gummiknüppel mehr die Universtitätsgebäude beherrschen.

Mit einem Wort: Dann wird der so vielgerühmte akademische Geist wieder in die Hallen der „alma mater“ zurückkehren.

Lothar Wiesner.

dem des Mannes unterscheidet und welche Interessen bei den einzelnen Frauengruppen vorherrschen. Solche Untersuchungen sind für die Psychologie der Frau in den verschiedenen Lebensaltern und in den verschiedenen sozialen Schichten von großer Bedeutung. Es ist interessant zu erfahren, daß Frauen Bücher über Recht, Staat, Volkswirtschaft, über Chemie und Physik gar nicht lesen. Dagegen wird alles bevorzugt, was mit der realen Lebenssituation der Frau zusammenhängt: z. B. Bücher über Sexualfrage, Ehefrage und Frauenfrage. Der biographische Roman, der den Ablauf eines Lebensschicksals verfolgt, wird immer wieder von den Frauen gesucht. Diesen Ergebnissen kommt auch unmittelbar praktische Bedeutung für den Aufbau und die Leitung von Volksbüchereien zu. Es zeigt sich z. B., daß das Lesebedürfnis der Frauen mit einem relativ sehr kleinen Bücherbestand befriedigt werden kann; ein beträchtlicher Teil der in Leipzig vorhandenen Bücher wurde in den untersuchten Jahren gar nicht benutzt. Für die Wirkung einer Volksbücherei ist also eine auf genauer Kenntnis der Leserinteressen beruhende Auswahl viel wesentlicher als die absolute Größe der Bücherei, eine Erkenntnis, die besonders in der Zeit äußerster Geldknappheit von großem Wert ist. Die Kenntnis der Leserinteressen gibt auch die Möglichkeit, den Benutzer der Volksbüchereien besser zu beraten. Es ist zu hoffen, daß das Institut für Leser- und Schrifttumskunde seine Untersuchungen auf andere Lesergruppen ausdehnt und dadurch die praktische Literaturpflege fördert. S. Weinberg.

Kelly Wolffheim:

Lacht mit den Kindern!

„Wenn Du wüßtest, Rutti, wie schlimm es für Kinder ist, wenn die Erwachsenen über sie lachen“, sagte die Sechsjährige voll Schwermut. Nicht von sich sagte sie es als Augenblickserfahrung, — nein, das Massenelend ganzer Kindergenerationen ward dabei zusammengefaßt. Wie es für Kinder ist, als Gesamtheit, als leidender Teil, erdrückt von der Uebermacht der Erwachsenen. Riesen sind sie für das Kind, herrscher, auch wenn sie noch so gut sind. Gut, nicht aber gütig zumeist. Denn Gütige haben Verständnis, Einfühlung, und Ueberheblichkeit liegt ihnen fern.

Ueberhebtlich sind wir fast alle den Kindern gegenüber, fast alle denken und fühlen wir: „Du bist ja nur ein Kind!“ Dieses verdächtige Kur, das uns so geläufig ist!

Dieses kleine Wort ist Grundeinstellung, Charakteristikum für unsere Selbstgefälligkeit. Immer glauben wir, ein Kind brauche man nicht ernst zu nehmen, sein Weid sei kein wirkliches Weid, sei Bagatelle, schnell verwindlich. Kinder sind abzulenkten, bald ist nach schwerem Kummer Lächeln, ja, Lachen da.

Aber wie oft wirkt nach, was das Kind erlitt, das, was uns so nebensächlich schien. Abends im Bett, auch im Traum vielleicht, taucht es auf und bedrängt. Kindheitserinnerungen sprechen eine deutliche Sprache. Mütter sind erstaunt, wenn sie von ihren herangewachsenen Kindern hören, wie es einst war. Das hast du gedacht, das erlitten? So wenig wirkte ich von dir? Aber so ist es, viel zu wenig erfahren wir von den Kindern. Könnte es sonst sein, daß wir sie so quälen, unbewußt quälen?

Ganz besonders hüte man sich davor, Kinder zu verlachen. Liebeste Kränkung kann es bringen, unüberwindliche Scham erwecken, die ein Uebel nachwirkt. Auslachen kann Sünde sein, nie wieder gut zu machen. Eine Kindesseele ist leicht verwundbar, schonungsbedürftig. Und die Robusten, die darüber stehen, die uns vielleicht auslachen, sind nicht so häufig, wie wir denken, — auch sie haben zumeist ihre wunden Stellen, die bei der Berührung schmerzen.

Gemeinsames Lachen mit den Kindern kann Bindung bringen, Gefahr aber bedeutet alles, was von obenher kommt.

Schulhygiene

Im Auftrage des Reichsausschusses und der Landesauschüsse für hygienische Volksbelehrung wurde unter Mitarbeit bedeutender Fachgelehrter von Prof. Dr. C. Adam, Rektor F. Lorenz und Ministerialrat Prof. Dr. A. Meyner ein „Lehrbuch der Gesundheitspflege und der Gesundheitslehre in der Schule“ herausgegeben. (Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig.) Es ist ein breit angelegtes Werk, das mit seinem Vorläufer vom Jahre 1923 kaum zu vergleichen ist. Es will der Durchführung der vom Ministerium aufgestellten „Richtlinien für die allgemeine gesundheitliche Belehrung der Lehrer und die Erziehung der Schüler“ dienen. Eine stattliche Reihe namhafter Pädagogen, Ärzte und Hygieniker hat damit gleichsam ein amtliches Standardwerk der Schulhygiene geschaffen, und zwar im Sinne einer „positiven“ Hygiene mit aktiver praktischer Beteiligung jedes einzelnen, dem Gesundheitspflege nicht nur verstandesmäßiges, sondern vor allem lebendiges Wissen und Wollen bedeutet, eingepflichtet durch Bildung und Erziehung in der Jugend.

Nach einseitigen und richtungsgebenden Rahmenartikeln von Meyner (Berlin), Schneider (Dresden), Lorenz (Berlin) folgt eine anatomisch-physiologische Begründung der körperlichen Erziehung von Müller (Spandau) mit einem Abschnitt über Freiluftkultur von Lorenz und Laqueur (Berlin). Im zweiten Hauptteil folgen eine Reihe von Aufsätzen zu dem Thema: die biologische Entwicklung des Kindes von F. Kolt, C. Frankenstein, W. Gottstein, R. Bornstein, H. Roehmann (Berlin) und R. Feischer (Dresden). Am meisten Kritik erfordern die Seiten von Roehmann: „Geschlechtliche Aufklärung und Bewahrung“. Dieser Punkt ist in dem ganzen Werk nicht nur zu kurz gekommen, sondern wird für die meisten Leser dunkel bleiben. Muster-Entlassungsreden wie die vorgeschlagene bringen immer noch dieselbe Enttäuschung wie vor 10 Jahren. Ein weiterer Abschnitt ist der psychischen Hygiene (Gaupp, Tübingen) und der Gefunderhaltung wichtiger Organe gewidmet (C. Adam und H. Bruck, Berlin). Der letzte Hauptteil geht speziell auf Krankheiten ein und zeigt, wie die Gesundheitsfürsorge für behandlungsbedürftige Kinder durch die Schule unterstützt werden kann. (G. Seiffert, München; H. Ehardt, Berlin-Dahlem; A. Kantorowicz, Bonn). Zum Schluß einige Grundbegriffe der sozialen Hygiene (H. Seiffert, Freiburg).

Da das Werk mehr Anregung als letztes Wissen übermitteln will, wird es überall begrüßt werden. Kein Lehrer und Erzieher sollte an diesem Buch vorbeigehen. Heinz Adam.

